

# Die Verfolgungsjagd

## Wie die malaysische Regierung mit ihren Migranten umgeht

von **Svenja Konieczny**

*Um Punkt zwölf Uhr in der Nacht zum 1. März 2005 lief die Frist ab und ops tegas — Operation Strenge — konnte beginnen. Schon eine Stunde nach Mitternacht strömten 300 Polizisten, Mitglieder der Hilfspolizei (Rela) und Personal der Immigrationsbehörden in Kuala Lumpur aus, um hunderttausende illegale Immigranten, deren Zahl in Malaysia auf 400.000 geschätzt wird, aufzuspüren.*

**A**usgerüstet mit zehn LKW und sechs Bussen, gingen sie auf Verfolgungsjagd nach denen, die seit Ende Oktober letzten Jahres trotz aller Warnungen nicht ausgereist waren. Ähnlich hatten sich die Polizisten und freiwilligen Helfer in anderen Städten vorbereitet. Besonders gründlich wurde in den Provinzen Sabah und Sarawak gesucht. Die Regierung hatte zuvor sogar das Gesetz zur Vereinfachung der Suche geändert. So dürfen seit dem 1. März 2005 Mitglieder der Rela auch ohne Durchsuchungsbefehl verdächtige Häuser kontrollieren und eine Waffe mit sich führen. Außerdem wurden Hotlines und Anlaufstellen für Hinweise von Bürgern eingerichtet, die rund um die Uhr in Betrieb waren. Die Bilanz des ersten Tages: 438 verhaftete illegale Einwanderer. Der Großteil kommt aus dem Nachbarland Indonesien, aber auch von den Philippinen, aus Burma, Indien und Bangladesch. Nun droht ihnen eine Geld- und Gefängnisstrafe. Zusätzlich sind Stockhiebe für Männer unter 50 Jahren per Gesetz möglich. Nach ihrer Freilassung bleibt ihnen außerdem ein Aufenthalt in Malaysia lebenslanglich verwehrt.

### Kein Geld für legale Einreise

Einer der am Morgen festgenommenen ist Alamshah, 23 Jahre alt. Er war zwei Tage vor dem Tsunami aus seiner Heimat, der indonesischen Provinz Aceh, nach Malaysia

gereist und hat das Risiko in Kauf genommen in Malaysia illegal zu bleiben. Seine Heimat ist nun verwüstet, seine Eltern sind tot – er sieht keinen Grund mehr für eine Rückreise. Anders ist es bei Ilyas, 35, denn er wünscht sich, nach Ost-Indonesien zurückkehren zu können. Dort erwarten ihn jedoch 20 Millionen Rupiah Schulden, die er zurückzahlen muss. Die Schulden hat er für seine Reise nach Malaysia auf sich genommen, um seine Familie mit dem dort verdienten Geld zu versorgen. Zurückzahlen kann er sie seiner Meinung nach nur, wenn er in Malaysia genug arbeitet — das jedoch wird jetzt nicht mehr möglich sein.

Die indonesische Regierung schickte in dieser Nacht zwei große Passagierschiffe in Malaysias Hafen Port Klang, um Indonesiern ohne Aufenthaltsgenehmigung die Rückreise zu ermöglichen und ihre Verhaftung zu verhindern. Eine riesige Menschentraube versammelte sich vor der Botschaft, um die Ausreise auf diesen Schiffen zu beantragen. Malaysias Premierminister Abdullah Ahmad Badawi argumentierte, dass es nur zwei Tage für die illegalen Einwanderer aus Indonesien dauern würde, um in die Heimat zurückzukehren und dort in einem der elf extra eingerichteten Zentren eine Arbeitserlaubnis für eine legale Rückkehr zu beantragen. Allerdings bleibt die Frage offen, wie viele tatsächlich über die nötigen Mittel verfügten, um diese Möglichkeit zu nutzen.

Die Regierungen Malaysias und Indonesiens arbeiteten bei dieser

Operation eng zusammen, wobei der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono wohl kaum eine Wahl hatte, sofern er in dieser peinlichen Situation das Gesicht wahren wollte. Seine Regierung ließ in der malaysischen Presse — Rundfunk, Zeitungen und TV — für die Rückkehr ihrer Bürger vor dem ersten März werben. Er schrieb sogar Ende Februar noch persönlich einen Brief an Premierminister Badawi, in dem er um enge Kooperation in der bevorstehenden *ops tegas* bat. Des Weiteren reisten zwölf indonesische Parlamentsmitglieder sowie acht Mitarbeiter des Fernsehens zur Überwachung der Vorgänge ins Nachbarland.

Schon Ende letzten Jahres hätte *ops tegas* stattfinden sollen, aber die Frist wurde auf Bitten des indonesischen Präsidenten Yudhoyono verlängert und aufgrund der Belastung durch den Tsunami vom 26. Dezember 2004 wurde die Amnestiefrist bis Ende Februar ausgedehnt. Den illegalen Immigranten war nahe gelegt worden, das Land zu verlassen und sich dort als Einwanderer nach Malaysia registrieren zu lassen. Die Drohung war sehr wirksam, denn 400.000 Einwanderer, davon hauptsächlich Indonesier, verließen das Land fristgerecht — seitdem befinden sich 350.000 davon arbeitslos in ihrer Heimat Indonesien. Dagegen schätzte der Vertreter des Flücht-

---

*Die Autorin studiert Südostasienskunde an der Universität Passau und ist derzeit Praktikantin der Südostasien Informationsstelle.*

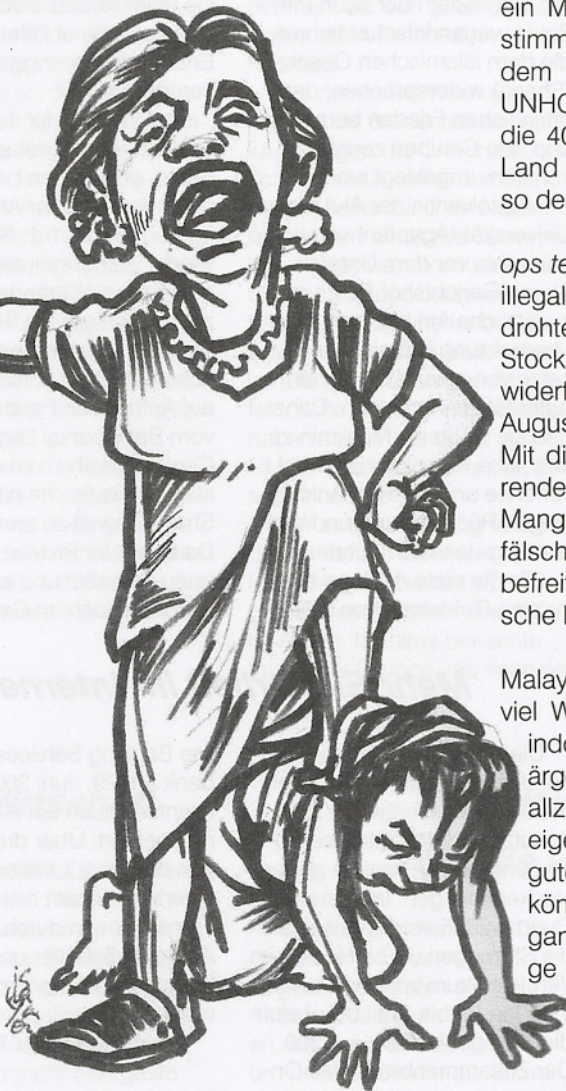
lingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), Dr. Volker Turk, im Juni 2005, dass in Malaysia 500.000 Arbeitskräfte fehlen.

### Ops tegas — bloß ein alter Hut?

Eigentlich sollten die Folgen von *ops tegas* Malaysias Premierminister Badawi nicht erstaunen, denn bei einer ähnlichen Operation zwei einhalb Jahre zuvor hatte die Vertreibung von 300.000 illegalen Einwanderern auch schon einen immensen Mangel an Arbeitskräften zu Folge. Allerdings hat die »Säuberung« wohl schon damals nicht langfristig gewirkt. Schließlich sind bis 2005 noch viel mehr als die 300.000 Vertriebenen wieder illegal eingewandert. Die hohe Arbeitslosigkeit in den Heimatländern — in Indonesien allein 40 Millionen — und die schlechten Löhne treiben die Arbeiter nach Malaysia. Meist können sie sich die Gebühren für Papiere wie den Reisepass oder die Arbeitserlaubnis nicht leisten, versuchen es also illegal. Der Bedarf an ausländischen Arbeitern ist groß, denn besonders im Dienstleistungssektor bedarf es wenig zimperlichen Personals. In den Manufakturen, auf Plantagen, Baustellen oder als Hausmädchen arbeiten sie in den so genannten 3-D-Bereichen »dirty, demanding, dangerous«.

Dieses Mal kamen in sechs Monaten »Jagd« laut *Malaysia General News* 9.254 Festnahmen zustande, wobei die Angaben variieren. Wohl keine sehr gute Bilanz, wenn man bedenkt, dass die geschätzte Zahl im Bereich der Hunderttausende liegt. Insgesamt ist zu bezweifeln, ob solche Operationen langfristig zu einer stabilen Einwanderungspolitik führen. Der indonesische Präsident Yudhoyono mahnte, bei der Einreise besser zu kontrollieren, damit in Zukunft nicht wieder im Nachhinein solche Maßnahmen ergriffen werden müssten. Außerdem beäugen Menschenrechtler die Vorgehensweise kritisch, denn abgesehen von den harten Strafen wurde befürchtet, dass Flüchtlinge aus Aceh oder Burma, denen Asyl gewährt wurde, fälschlich verhaftet würden. Das UNHCR rief Malaysia zur Besonnenheit auf und

im Januar wurde ein von 39 Nicht-Regierungsorganisationen unterzeichnetes Memorandum eingereicht, die Durchführung von *ops tegas* zu überdenken. Die indonesische Regierung, die sich auf gute bilaterale Beziehungen mit Malaysia beruft, sagte, sie sei erschüttert von dem Umgang mit ihren Landsleuten.



Allerdings haben die Einwanderer aus Ländern wie zum Beispiel Indonesien und den Philippinen auch gute Gründe, nicht in ihrem eigenen Land Geld zu verdienen. Der Arbeitsmarkt in Malaysia erscheint besonders für die Bevölkerung in den Grenzgebieten vielversprechender. Andererseits sind sie für viele Arbeitgeber willkommene Gäste. Oft werden lieber Ausländer eingestellt, denn ihnen kann nicht nur weniger Lohn gezahlt werden, sondern sie sind auch anspruchsloser, was die harten Arbeitsbedingungen angeht. Außerdem haben sie kaum eine Möglichkeit, ihren Lohn einzufordern, wenn sie verhaftet und ausgewiesen werden. Ein Arbeitgeber mit vielen illega-

len Angestellten könnte so beträchtliche Summen einsparen.

### Flüchtlinge gleichen Arbeitsmangel aus

Durch die ausgewiesenen Einwanderer zeigt sich nun jedoch ein Mangel an Arbeitskräften. Daher stimmte die malaysische Regierung dem Vorschlag des Vertreters des UNHCR, Dr. Volker Turk, im Juni zu, die 40.000 politischen Flüchtlinge im Land als Arbeiter zu registrieren und so den Mangel etwas auszugleichen.

Nicht zu vergessen ist, dass *ops tegas* auch den Arbeitgebern der illegalen Arbeiter gilt. Auch ihnen drohten harte Strafen inklusive Stockhiebe, aber dieses Schicksal widerfuhr nur 128 Arbeitgebern bis August laut *Malaysia General News*. Mit dieser Fairness und mit der rührenden Geschichte des Nepalesen Mangal, der trotz legalen Aufenthaltes fälschlich verhaftet und nun wieder befreit wurde, rühmt sich die malaysische Regierung in der Presse.

Insgesamt hat die Regierung Malaysias in den letzten Monaten für viel Wirbel und Presse gesorgt. Die indonesischen Nachbarn sind verärgert, können sich jedoch nicht allzu laut beschweren, weil sie ihrer eigenen Bevölkerung selbst keine guten Arbeitsbedingungen bieten können. Die Menschenrechtsorganisationen konnten die Vorgänge nicht verhindern, aber immerhin hat es das UNHCR geschafft, den Asylanten zu mehr Integration zu verhelfen. In Malaysia ist man stolz auf die wieder hergestellten, klaren Verhältnisse im Land und propagiert sein »Saubermann-Image« bei der Bevölkerung. Dabei rücken die Maßnahmen in den Hintergrund, schließlich wurde seit Oktober Amnestie gewährt. Darauf ist Innenminister Azmil besonders stolz und sagte im Februar diesen Jahres: »There is no other country in the world that has come up with the amnesty programme like what we have. We have been very, very humane with the illegals.« Wie »human« zu definieren ist, bleibt wohl Ansichtssache ...